



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Andreas Lotte, Volkmar Halbleib, Inge Aures, Natascha Kohnen, Hans-Ulrich Pfaffmann, Helga Schmitt-Bussinger, Dr. Simone Strohmayr, Klaus Adelt, Horst Arnold, Susann Biedefeld, Florian von Brunn, Martina Fehlner, Dr. Linus Förster, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Martin Güll, Harald Güller, Alexandra Hiersemann, Annette Karl, Günther Knoblauch, Dr. Herbert Kränzlein, Ruth Müller, Kathi Petersen, Dr. Christoph Rabenstein, Doris Rauscher, Florian Ritter, Bernhard Roos,, Georg Rosenthal, Harry Scheuenstuhl, Franz Schindler, Stefan Schuster, Kathrin Sonnenholzner, Diana Stachowitz, Reinhold Strobl, Arif Tasdelen, Ruth Waldmann, Angelika Weikert, Dr. Paul Wengert, Johanna Werner-Muggendorfer, Margit Wild, Herbert Woerlein, Isabell Zacharias SPD**

Arbeitnehmerrechte sichern – Streit zwischen XXXLutz und Belegschaft schlichten!

Der Landtag wolle beschließen:

1. Die Staatsregierung wird dazu aufgefordert, sich für die Durchführung einer Mediation zwischen der Belegschaft und XXXLutz unter Einbeziehung der Eigentümer (Dr. Richard Seifert und Dr. Andreas Seifert) einzusetzen, um die bestehenden und offenkundig fortlaufenden Meinungsverschiedenheiten bezüglich der Art und Weise der Schließung der Filiale Theresienhöhe beizulegen.
2. Das Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familie und Integration möge hierbei besonders dafür Sorge tragen, dass die Wahrung der Rechte der Schwächeren, d.h. der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, gewährleistet werden.
3. Für die zu besetzende Position der/des Mediatorin/Mediators möge die Staatsregierung eine geeignete Person, vorzugsweise ein hochrangiges Mitglied des Staatsministeriums für Arbeit und Soziales, Familie und Integration, vorschlagen.
4. Die Staatsregierung möge prüfen, ob das Filmen und Fotografieren der Teilnehmerinnen und Teilnehmer an der Kundgebung der von der Schließung der Filiale Betroffenen am Freitag, den 18. Oktober 2013, die Persönlichkeitsrechte der Demonstrierenden verletzt haben könnte.
5. Das Staatsministerium für Europaangelegenheiten und regionale Beziehungen möge überprüfen, inwieweit auf europäischer Ebene eine Gesetzesinitiative einzubringen ist, um die Konstrukte von sich gegenseitig in ihrer Haftung beschränkenden GmbHs künftig die Rechtsgrundlage entzieht.

Begründung:

Die 160 Beschäftigten der Münchner Filiale des Möbelhauses XXXLutz an der Theresienwiese haben von einem Tag auf den anderen von der Schließung des Standorts und somit vom Verlust ihres Arbeitsplatzes erfahren. Über Nacht wurde der Zugangscode geändert, so dass teilweise völlig ahnungslose Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vor verschlossenen Türen standen und nicht an ihren bisherigen Arbeitsplatz zurückkehren konnten. Das Vorgehen der Unternehmensführung führte zu großem Unmut in der Belegschaft, der durch das Filmen und Fotografieren der Teilnehmerinnen und Teilnehmer während einer Kundgebung gegen die Schließung sowie des Androhens von Schadensersatzforderungen noch verstärkt wurde. Eine einvernehmliche Lösung bezüglich eines Sozialplans für die Beschäftigten scheint angesichts der negativen Stimmung zwischen Unternehmensführung und Betriebsrat nur schwerlich zu erreichen zu sein. Daher sollte die Staatsregierung die Situation entschärfen und sich für eine Mediation zwischen Belegschaft und Unternehmensführung sowie für die Belange der Arbeitnehmerschaft einsetzen.